

Transkript der Veranstaltung
„Berlin gemeinsam entwickeln / Formen der Mitverantwortung“ am 13.4.2018
(2. Vorerörterung)

Mit Beiträgen von:

Klaus Böger	(Landessportbund Berlin e.V.)
Dr. Volker Hassemer	(Stiftung Zukunft Berlin)
Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba	(Humboldt-Universität zu Berlin)
Prof. Urs Kohlbrenner	(Stadtplaner und Architekt)
Cornelia Poczka	(Initiative Berlin-Forum)
Tilmann Heuser	(BUND Landesverband Berlin e.V.)
Steffen Sambill	(Sportjugend Berlin)
Christophe Knoch	(Mica Moca e.V., ehem. Sprecher der Koalition der Freien Szene)
Jürgen Wittke	(Handwerkskammer Berlin)
Prof. Dr. Helga Fassbinder	(Stadtplanerin, Politikwissenschaftlerin)
Prof. Dr. Martin Grötschel	(Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften)
Prof. Inken Baller	(Architektin)
Dr. Richard Meng	(Journalist, ehemaliger Sprecher des Berliner Senats)
Prof. Dr. Wolf-Dieter Heilmeyer	(Archäologe, ehemaliger Direktor des Antikenmuseums der Staatlichen Museen zu Berlin und stellv. der Museen Preußischer Kulturbesitz)
Prof. Dr. Barbara John	(Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Berlin)
Andrea Meisel	(Kommunikation für Immobilienunternehmen)
Thomas Hess	IT-Manager bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Alexander Steinhart	(Xray Sports)

Klaus Böger: Schönen guten Tag meine Damen und Herren, ich begrüße Sie recht herzlich hier im Landessportbund Berlin, ich grüße ins Besondere meine Kollegen und Kolleginnen aus dem Präsidium des Landessportbundes. Es sind aber dessen ungeachtet einige hier, die wahrscheinlich noch nicht so häufig im Landessportbund Berlin waren, deswegen hat Herr Hassemer gestattet, dass ich 4,8 Minuten was sagen darf, zum Landessportbund. Der Landessportbund Berlin ist die Dachorganisation des Sports in Berlin, es ist die größte Personenvereinigung, die es gibt. Wir haben nach neuesten Daten ca. 660.000 Mitgliedschaften, das ist eine ganze Menge. Alle Menschen, die in Berlin in einem Sportverein organisiert sind, sind praktisch automatisch im Landessportbund. Und so Menschen wie ich, der in 4 Vereinen ist, der wird dann viermal gezählt und deswegen habe ich gesagt nicht Mitglieder, sondern Mitgliedschaften. Es ist trotzdem eine ganze Menge. Hier in diesem Haus ist der Sitz des Landessportbundes, hier sind Mitarbeiter/innen, wir haben einen Etat von etwa 25 Mio. und unterstützen auf allen Ebenen den Sport, die Verbände und den Vereinssport. Ich habe Ihnen hier auch ein paar Karten hingelegt – nicht, dass ich denke, Sie hätten keine Postkarten zu Hause - in denen sowas draufsteht, was man nicht automatisch mit dem Sport verbindet, was man beim Sport lernen kann. Also ich will Ihnen sagen, Sport ist nicht nur, wenn man schwitzt und die Knochen weh tun - auch das ist wichtig für jedes Alter - sondern Sport bildet auch Persönlichkeiten und das wollen wir auch ganz bewusst machen. Bei uns sind auch die großen Profisportvereine Mitglied, aber wir vertreten den Sport insgesamt. Hier in diesem schönen Raum - ich finde, es ist ein schöner Raum, das ist ein denkmalgeschützter Raum, allerdings haben wir den verändert - hier hat 1936, war das der Ort für die internationale Presse bei den Olympischen Spielen. Das war also überschaubar, das könnte man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Das, was original erhalten ist, das finde ich nach wie vor sehr schön, was wir haben neu machen lassen, ist dieses schöne Stabparkett und ansonsten haben wir hier die Menschen die Sie dort sehen, die werden Sie nicht kennen, es sind alles ganz bedeutende Sportler, keine Fußballspieler, die kennt ein normaler Mensch nicht, es sind Olympiasieger in den Sportarten, die Sie hier sehen. So viel zum Landessportbund. Wir haben ein Präsidium, wir haben viele Gremien, wir kümmern uns um Sport generell und wir sind auch interessiert natürlich an der Stadtgesellschaft, wir sind Teil dieser Stadtgesellschaft. Ich habe vorhin zu den Kollegen von der Handwerkskammer gesagt: wenn natürlich von denen, die da aufgelistet sind, jeweils 5% heute hier wären, dann hätten wir die Türen schließen müssen wegen Überfüllung. Es ist ein schwieriger Termin, Freitag, aber ich bin dessen ungeachtet froh, dass Sie hier sind, dann können wir uns gemeinsam in Ruhe gut unterhalten. Zum Landessportbund vielleicht noch - der große Wortschöpfer Volker Hassemer hat in einem anderen Kontext etwas gesagt, was ich gerne verwende als Eigenschöpfung - ich sage, es sei von mir, das glauben jetzt auch viele und das soll auch so bleiben - er hat gesagt: die Vereine, die Sportvereine, sind ein Rückgrat der Stadtgesellschaft. Das glauben wir auch und wollen das auch tatsächlich darstellen, insofern freuen wir uns, dass wir bei diesem Prozess von Fragen, von Mitverantwortung und Beteiligung eben auch dabei sind. Insofern wünsche ich uns eine gute Veranstaltung, in einem überschaubaren Rahmen, und ich freue mich, dass Sie hier sind.

Volker Hassemer: Vielen Dank Klaus Böger, ich habe nicht die Hybris, dass man mich versteht ohne Mikrofon, aber er ist 10 Zentimeter größer und 5 Grad lauter und so ist es halt. Also muss ich mich mit Gerätschaften behelfen. Ich bedanke mich vor Allem zunächst einmal bei euch hier, dass wir hier sein dürfen. Es war für uns sehr wichtig, bei dem was wir machen, was ich gleich nochmal schildere, dass das nicht nur die Idee der Stiftung Zukunft Berlin ist, sondern dass bedeutende Akteure der Berliner Gesellschaft sagen, es wäre gut, wenn das, was die da machen, vorwärts kommt und bei diesem Weg, wie Sie hier sehen, begleiten und begleiten heißt, wir sind davon überzeugt, dass dieses Berlin sich grundsätzliche Ziele geben muss, hin auf die nächsten Jahrzehnte. Das haben wir in Berlin noch nie gemacht. Das haben wir in der Vergangenheit auch vergleichsweise wenig gebraucht, da hat uns in Westberlin die Mauer definiert, was die Linie ist. Wir sind uns - und da sind wir uns einig mit der Politik - mit allen Parteien und ihren Vorsitzenden. Es wäre gut, wenn Berlin sich eine Strategie überlegen und miteinander bearbeiten würde. Der zweite Ausgangspunkt, auch im Einvernehmen mit der Politik: das ist nicht etwas, was wie eine Regierungserklärung die Politik über die Gesellschaft stützen kann, sondern es ist die gemeinsame Zukunft dieser Stadt und zu der muss man dann auch gemeinsam arbeiten - deswegen die Idee des Berlin-Forums. Was wir nun machen, mit den gesellschaftlichen Organisationen, die Sie hier sehen, heute Abend, Mitgastgeber vor Allem die Handwerkskammer mit dem Haupt-Geschäftsführer Jürgen Wittke, und der BUND mit Tilmann Heuser. Aber beim letzten Mal - ich sehe den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, wunderbar, also auf diese Weise kommt ein Präsident der Akademie der Wissenschaften zum Sportbund - beim letzten Mal hatten wir Wissenschaft als ein zentrales Thema wo, Herr Grötschel, Sie nicht konnten, und Barbara John für den Paritätischen Wohlfahrtsverband. Das sind, wenn ich das richtig sagen kann, die, die heute Abend hier sind. Ich bedanke mich wirklich sehr bei dieser kameradschaftlichen Arbeit, das gemeinsam tun zu wollen. Zurück zu dem Punkt, an dem wir jetzt sind. Wir haben - und das ist das Bild, was ich bitte gerade kriege - wir haben von uns aus gesagt, man kann eine solche Diskussion über die Zukunft nicht beginnen, indem man einen leeren Tisch hinstellt, und dann sagt, wer meldet sich als erste, sondern wir haben behauptet, es gibt 5 Ziele. Wir behaupten in der Vorarbeit der Stiftung, es gibt nur 5 Ziele, die sich Berlin vornehmen soll, die allerdings ernsthaft. Und das, was wir hier an die Tafel werfen, soll deutlich machen, dass wir heute Abend über einen Punkt nur, über ein Ziel, reden. Beim letzten Mal haben wir geredet über Berlin, Stadt der Kunst, Kultur und Wissenschaft, Nummer 3. Heute geht es nur um den Punkt 2: Berlin, Stadt der Bürgerinnen und Bürger. Was bedeutet: Wir behaupten heute Abend, wir brauchen hin in dieses dann nun auch ja neue Jahrhundert, in dieser Zeit der, wie alle sagen, wachsenden Stadt, wir brauchen eine neue grundsätzliche Strategie, wer denn Verantwortung, gestaltende Verantwortung, für die Stadt übernimmt, und wir behaupten, das kann nichts anderes als ein Gemeinschaftsprojekt der Bürger und der Politik sein. Darüber wollen wir - das ist unsere These, dass wir das behaupten und die Begrüßungen greifen um sich - indem wir das behaupten, wollen wir nicht sagen „das ist aber auch schon wahr“, sondern wir

wollen das zur Diskussion stellen. Und heute Abend, so ist dieser Abend gestaltet, wollen wir diese Diskussion zu diesem Punkt 3 führen. Wir haben dazu 4 der Kollegen gebeten, die diese These vorbereitet und innerlich diskutiert haben, einzuführen. Sie werden das tun in ganz kurzen plus-minus 5-Minuten-Statements. Wir werden dann sehr schnell mit Ihnen, und das ist der eigentliche Sinn des Abends, mit Ihnen gemeinsam, Christophe Knoch und ich, wir werden mit diesen Mikrofonen zu Ihnen kommen und Sie um ähnlich kurze Statements bitten, damit wir - das ist beim ersten Mal sehr gut gelaufen - damit wir möglichst viele, obwohl wir wenige sind, sind wir ja trotzdem für ein gemeinsames Gespräch sehr viele. Aber durch diese kurzen Statements wollen wir dafür sorgen, dass jeder, der das möchte, heute an diesem Diskussionsprozess teilnehmen kann. Das ist das Konzept und ich schlage vor, Klaus, dass du jetzt den ersten Teil einläutest.

Klaus Böger: Ja, vielen Dank, das mache ich auch. Und gebe gleich das Wort zum Grundsatz ein neues „Stadt-Ethos“, Wolfgang Kaschuba. Bitte sehr.

Wolfgang Kaschuba: (kein Mikrofon)

Volker Hassemer: Das ist diese Eitelkeit älterer Herren, also nimm ruhig das Mikrofon.

Wolfgang Kaschuba: Ich wollte jetzt den frischen Wind hier herein bringen, aber gut, dann machen wir es eben wie üblich.

Ich will beginnen mit einem Satz, den vor über hundert Jahren der Publizist Karl Scheffler geschrieben hat, der rätselhaft bis heute geblieben ist und der lautet, als er über das Stadtschicksal Berlin spricht: „Berlin, die Stadt: dazu verdammt, immerfort zu werden und niemals zu sein“. Dieser Satz wird heute in der Stadtdebatte auch sehr häufig zitiert und zwar ausgesprochen konträr interpretiert. Die einen, die Berlin-Kritiker, lesen daraus den Schluss: Aus Berlin wird niemals etwas, und gerade auch innerhalb der Stadt ist ja der Club der Nörgler relativ groß, die eben ein permanentes bashing auch der Politik, der Verwaltung und auch der Lebensstile in Berlin machen. Auf der anderen Seite, die Berlin-Sympathisanten die diesen Satz anders lesen, die Schefflers Werden von der Stadt, die also wird eben, als Beschreibung einer Chance, eines Potenzials sehen. Also Berlin als eine Stadt in der Entwicklung, die weitergeht, und die man positiv formulieren kann; eine Stadt die fähig ist zu Lernprozessen. Diese sympathisierende Sicht, diese zweite Sicht, wäre auch meine und ist hoffentlich auch die unsere. Berlin als eine Stadt und Stadtgesellschaft, die sucht, die sich auch in vielerlei Hinsicht erfindet, die sich aber auch findet. Also nicht nur auf dem Weg ist, sondern in der Tat eine aktive Stadtgesellschaft verkörpert, mit einer ungeheuren Breite stadtbürgerlicher Aktivitäten einerseits, und deswegen sind wir auch hier durchaus auch im Blick auf das traditionelle Spektrum der Vereine, der Sportvereine, der Kirchengemeinden und anderes, bei denen wir beobachten, dass sie das Ghetto der Vereinsarbeit verlassen und in der Tat in städtische und gesellschaftliche Zusammenhänge gehen. Was Sie hier liegen sehen sind ja auch Überschreitungen im Grunde genommen der klassischen Auffassung „was tut ein Fußballverein“, „was macht

ein Sportverein“, „was macht eine Kirchengemeinde“. Also es geht um das Ganze. Und andererseits, aktiv und vielfältig, vor allem natürlich auch im Blick auf die neuen stadtbürgerlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, von der Miete bis zum Verkehr, von Stadtgrün bis Kita, von Ökologie bis Religion, von Nachbarschaftsinitiativen bis zu Flüchtlingsinitiativen. Beides, die traditionelle wie die neue Form dieser stadtbürgerlichen Bewegung - und das ist wichtig und darauf kommt es hier an - sind selbst aktiv; sie warten nicht mehr auf den Startschuss von Politik und Verwaltung, sie sind selbst aktiv. Diese Vielfalt, diese Breite, diese Stärke der stadtbürgerlichen Bewegung ist, und ich sage das so pathetisch, für Berlin und in Berlin, fast einzigartig. Und dafür gibt es Gründe: ein Grund, den wir eigentlich heute sehr oft übersehen, liegt in der Geschichte dieser Stadt, und zwar gerade auch in der jüngeren Geschichte: Berlin eben auch als der Ort der Entstehung, und der Beheimatung vieler Bewegungen und Minderheiten. Seit Jahrzehnten gibt es politische Bewegungen oder Debatten um Frauenrechte, es gibt gleichgeschlechtliche Partnerschaften und entsprechende Lebens- und Wohnumgebungen, es gibt urbane Subkulturen, es gibt Debatten um ethnische-religiöse Konflikte und es gibt eben Migrantengruppen und Flüchtlingsgruppen, die in Berlin beheimatet worden sind. Und diese Vielfalt, diese Aktivität, diese Erfahrung, prägt eben auch die Stadt. Das ist Vielfalt und Toleranz als das wichtigste soziale und kulturelle Kapital Berlins. Andererseits und zugleich gilt Vielfalt und Toleranz aber eben auch für die aktuelle Situation und die aktuelle Atmosphäre. Es gibt ein hohes Maß an individueller Freiheit in Berlin, das hat auch seine Schattenseiten, das wissen wir. Aber das macht die Attraktivität gerade für jüngere Leute und für Leute aus, die aus der weiten Welt zuwandern und die vielfach sagen, es ist eine der freiesten Städte der Welt; das sagen sie sehr egoistisch, weil sie alle Freiheiten haben, aber sie meinen es natürlich ernst. Beides zusammen, diese Tradition, Geschichte und diese offene Atmosphäre, das meint eben Stadtfreiheit von der wir reden, wenn wir über dieses gesamte Konzept reden. Diese historische Grundlage und die aktuelle Situation bewirken eben eine Stadt in Bewegung: das könnte Schefflers Werden sein, diese werdende Stadt, die eben auch lernt. Die große Vielfalt und Bereitschaft des zivilen Engagements, die stadtbürgerliche Öffentlichkeit und die öffentlichen Räume, die in Berlin eine so große und wichtige Rolle spielen - man müsste den Jürgen Habermas, den Theoretiker unserer Öffentlichkeiten auf seine alten Tage - ich krieg schon böse Blicke-, auf seine alten Tage eigentlich nach Berlin einladen, weil hier ist diese Form der bürgerlichen und bürgerschaftlichen Öffentlichkeit im Grunde genommen beim Neuaufstehen. Es gab noch nie so viele soziale Ideen und Visionen der Lebenswelt Berlin. Und es gab vor allem natürlich auch in den letzten Jahren im Grunde genommen die Entwicklung der Kurve, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen, die Berlin voran gebracht haben. Das ist gelingende Stadtgesellschaft - und ich höre gleich auf - das ist gelingende Integration in die Stadtgesellschaft, und dies setzt voraus, dass es ein gemeinsames Ethos, eine gemeinsame Verständigung darüber gibt, wie mit dieser Stadtgesellschaft verfahren werden soll und wie sich diese Stadtgesellschaft entwickeln soll. Also ein Stadtethos, dass eine neue Haltung, eine neue Mentalität und auch eine neue Selbstverpflichtung, auf eine gemeinsame Agenda von Stadtgesellschaft und

Stadtpolitik basierend, getragen von gemeinsamen Formen des Diskutierens und Handelns, von Kooperation und Verantwortlichkeit, und von einer Stadtpolitik, die Themen und Projekte öffentlich zugänglich macht, die Abläufe und Verfahren transparent und niedrighschwellig gestaltet, und von einer Stadtpolitik, die das Wissen der Stadtgesellschaft und das Wissen der Stadtverwaltung miteinander verbindet. Es gibt heute ja vielfach das Schlagwort von der Smart City: die Smart City ist nicht die Stadt, die auf der Basis technischer Errungenschaften sich organisiert, sondern die Smart City ist die Stadt, die das stadtgesellschaftliche Wissen in der besten Form nutzt; das ist die intelligente Stadt und wenn wir da hingehen, wäre der gute Karl Scheffel, glaube ich, auch mit seiner werdenden Stadt sehr zufrieden.

Klaus Böger: Sehr schöner Schluss, vielen Dank, Wolfgang Kaschuba. Ich gebe gleich weiter an Urs Kohlbrenner zu unseren Mitverantwortungsprinzipien, bitte sehr.

Urs Kohlbrenner: Schönen Dank. Also, womit beginnen wir, ich beginne mit der Überschrift: wir reden nicht von Partizipation, bei dem was wir uns vorstellen. Sondern wir reden von bürgerschaftlicher Mitverantwortung; das ist etwas anderes als Partizipation oder Mitwirkung. Warum wollen wir das? Wir wollen die Kompetenz der Bürger nutzen, sie sollen ein Teil der Lösung sein und nicht des Problems, wie es sehr oft gesehen wird, wenn Partizipationsprozesse stattfinden. Wir sind dafür, dass die Zweifel am politischen Handeln zunehmend abgebaut werden. Dazu braucht es besondere Verfahren. Das heißt, wir wollen die Glaubwürdigkeit dadurch erreichen, dass eine Augenhöhe zwischen Politik und Bürgern hergestellt wird und wir wollen natürlich im Ergebnis eine Sicherung der politischen Entscheidungen auch auf längere Sicht. Sie als Berlinerinnen und Berliner werden ja wissen, wie viele Entscheidungen immer wieder ins Wackeln kommen im Laufe der Realisierungsprozesse. Was ist unser Ziel? Wir wollen einen öffentlichen Arbeits- und Dialogprozess als gemeinsame Entscheidungsvorbereitung; merken Sie sich das Wort Entscheidungsvorbereitung. Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft: wir wollen gemeinsam einen Prozess finden, in dem die besten Argumente ausgetauscht und vermittelt werden. Und deswegen sieht unser Prozess etwas anders aus wie die klassischen Partizipationsprozesse. Wir haben die mal gegeneinander gegenübergestellt. Manchmal hat die Politik eine Idee und formuliert ein Projekt, manchmal haben engagierte Bürger eine Idee und haben ein Problem und werden aktiv, und irgendwann - und manchmal stets auch in Koalitionsvereinbarungen - hat man sich darauf verständigt, dass ein Partizipationsprozess stattfinden soll. Und dann gibt es, nachdem die Politik sich solid vorbereitet hat mit den Unterlagen der Verwaltung und nachdem die Zivilgesellschaft lange genug protestiert hat, gibt es also diese Phase der Partizipation, wo die Bürger die Gelegenheit haben ihre Argumente den Politikern und der Verwaltung an die Hand zu geben und dann ziehen sich die wieder zurück und sortieren das und bereiten es auf und die Verwaltung formuliert eine Vorlage und dann gibt es eine Entscheidung und die Bürger sind oft erstaunt, wie die Entscheidung ausgefallen ist. Dem stellen wir gegenüber, dass am Anfang des Prozesses natürlich immer dieselben Akteure erstmal

aktiv werden können. Aber das Zentrale bei uns ist das Forum, wo wir auf Augenhöhe Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, die Argumente austauschen und abwägen und das wird protokolliert, und zwar mit den Verantwortlichen aus der Politik, mit den Entscheidungsträgern. Die Verwaltung hat da gegenüber dem klassischen Prozess eine eher dienende Rolle, und zwar die dienende Rolle gegenüber den Bürgern und gegenüber der Politik, und ist nicht ausschließlich der Politik verantwortlich. Die Ergebnisse so eines Prozesses müssen dann wiederum von der Politik entschieden werden, aber sie tut es in voller Kenntnis dessen, was gemeinsam erarbeitet worden ist. Und das wird dann wiederum kommuniziert und wir gehen davon aus - und wir haben die Erfahrung bei zwei Projekten schon gemacht, beim „Bello-Dialog“ und beim „Forum StadtSpree“ - dass diese Art des Prozesses auch dazu führt, dass langfristig auch die Bürger sich mit den Ergebnissen solidarisieren können und aktiv an ihrer Umsetzung weiter arbeiten. Zum Beispiel wird beim Forum StadtSpree bis zum heutigen Tag gemeinsam zwischen Verwaltung, Politik und den Aktiven vor Ort der Prozess weiter entwickelt. Wie kann man das tun? Da brauchen wir eigentlich nur 5 Grundsätze: man will es ernsthaft, sonst hat es keinen Sinn. Es ist zweitens klar, worum es geht. Es ist klar, wer da mitmacht und es wird begründet, das Verfahren ist insgesamt angemessen transparent und hat eine neutrale Steuerung, und die Bürger bleiben nach Abschluss des Verfahrens weiterhin beteiligt; so simpel sind unsere 5 Grundregeln. Die Idee nochmal zusammen gefasst: beide Seiten agieren auf Augenhöhe in gleicher Stärke und Aufstellung, um vor der Aufgabe „Berlin“, so wie sie jetzt eingangs geschildert worden ist, möglichst facettenreich die Positionen, die Ideen, die Perspektiven, zu vertreten. Das Forum muss natürlich administriert und organisiert werden, es muss sich selbst transparent kommunizieren und der öffentlichen Meinung stellen, und da werden intensive, analoge, digitale Instrumente genutzt und in die Diskussion eingebunden. Soweit das Konzept. Wir brauchen dazu – und jetzt fehlt hier die letzte Folie, und zwar die Folie „Wie ist das Forum strukturiert?“. Das Forum besteht insgesamt aus einer Kerngruppe von +30 Leuten, die in einem Saal gemeinsam diskutieren können. Es sind 400 Leute, die per Internet...

Volker Hassemer: Urs, diese Folien fehlen deshalb, weil wir in unserer allergrößten Güte gesagt haben: so weit wollen wir den Vortrag nicht treiben. (Gelächter)

Urs Kohlbrenner: Das ist der freundliche Umgang, wie er hier üblich ist. (Gelächter)

Klaus Böger: Vielen Dank für den Vortrag. Und nun Cornelia Poczka zum „Gemeinschaftsprojekt Stadt“, bitte sehr.

Cornelia Poczka: Wir haben ja jetzt schon einiges gehört. Gerade, zum Beispiel, dass es neue Formen der Kommunikation und Kooperation zwischen Stadtgesellschaft und Stadtpolitik braucht. Das heißt, damit Berlin auch in Zukunft auch eine erfolgreiche, lebenswerte und grüne Metropole, geprägt durch kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt, Wissenschaft, Kreativität und eine prosperierende Wirtschaft bleibt, bedarf es

einer grundlegenden Veränderung der Art und Weise, wie die Stadt gelenkt wird. Bisher ist es so, dass die Politik mit bereits vorbereiteten Planungen und Projekten die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu einzelnen Erörterungen einlädt, und dann im Stillen in der Verwaltung die Planungen weiter bearbeitet. Professor Kaschuba hat das einmal das „Ritual der Bürgeranhörung“ genannt, was ich sehr trefflich finde. Danach erfährt die Öffentlichkeit in der Regel kaum noch etwas über die weitere Entwicklung der Planung. Die Stadtgesellschaft fühlt sich daher oft überrumpelt, schlecht informiert, hat das Gefühl, dass diese Veranstaltungen nur pro forma durchgeführt werden, und dass das Gemeinwohl auf der Strecke bleibt. Wir benötigen daher ein Umdenken in der Methode, Stadtpolitik zu praktizieren: ein Gemeinschaftsprojekt Stadt. Dies kann nur gelingen, wenn die Stadt als Gemeinschaftsprojekt lebt und nicht nur nach dem Prinzip der Vermehrung des Eigennutzes - was häufig der Fall ist, wenn die Stadtgesellschaft Mitverantwortung trägt. Wie gerade gehört, engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger in Berlin ja schon in den unterschiedlichsten und vielfältigsten Bereichen. Denn auch sie, oder die Mehrheit, viele, die sich engagieren, glauben dass die Verbesserung des gemeinsamen Wohls auch zu einem individuellen Vorteil für alle werden kann. Im zukünftigen Berlin-Forum wollen wir diesen Prozess für das Gemeinschaftsprojekt Stadt zur Diskussion stellen. Wir wollen die Stadtgesellschaft und die verschiedenen Akteure in Politik und Verwaltung motivieren und mobilisieren, sich im Interesse des Gemeinwohls für ihre Stadt gemeinsam zu engagieren.

Klaus Böger: Vielen Dank. Und nun Tilmann Heuser zur Klärungs- und Lösungsverantwortung der Gesellschaft.

Tilmann Heuser: Ja vielen herzlichen Dank. Tilmann Heuser, BUND, also Umweltverband, aber ich habe jetzt hier auch etwas die Rolle mal zu betonen, dass natürlich auch es nicht nur die Aufgabe der Politik und Verwaltung ist, jetzt hier zivilgesellschaftlichen Dialog mit zu organisieren und hierfür dann letztendlich die Verantwortung zu übernehmen, sondern dass es die gemeinsame Verantwortung aller Akteure ist. Wir haben in Berlin durchaus die Situation - das kann ich als Umweltverband und Lobbyverband gut mit sagen - die Politik, Verwaltung machen bestimmte Sachen und wir stehen außen und halten dann die Bewertungskarte - wir sind ja hier beim Sport - hoch und sagen „Ja das habt ihr jetzt gut gemacht“ oder es ist eben nicht zielführend und da muss entsprechend nachgebessert werden. So dann sage ich eben „in Sachen Mobilität seid ihr viel zu Auto-orientiert“, während der ADAC gegebenenfalls sagt „nee ihr müsst das Auto stärker berücksichtigen“. Fortschritt findet in dem Diskurs nur sehr bedingt statt. Und der zentrale Ansatz ist eigentlich auch zu sagen, auch im Rahmen dieser Mitverantwortung für die Stadt, dass es auch gelingen muss, zwischen den verschiedenen Interessen, die durch die Bürger und die zivilgesellschaftlichen Organisationen ja repräsentiert werden, einen direkten Dialog zu organisieren. Weil es gibt ja auch nicht - und das haben wir ja teilweise auch in diesen Debatten, „Politik, Verwaltung versus Bürger“ klingt es dann immer, dabei ist natürlich auch Politik, Verwaltung Interessensvertretern von den Bürgern die sich dann häufig da gar nicht zu

Wort melden. Das heißt wir haben dann auch bei den Bürgern durchaus sehr unterschiedliche Perspektiven auf ein Thema, aber wenn sie es auch medial sehen, dann wird aus dem einen Bürger, der was kritisiert dann immer die Bürger gegen die Politik. Und ich glaube davon muss man gerade hier in Berlin etwas Abstand gewinnen und durchaus auch im medialen Raum und sowas muss eben auch gelingen und zwar uns allen gemeinsam hier in eine andere Diskursqualität hinein zu kommen, wo ich auch sehr zuversichtlich bin angesichts der Erfahrungen mit den durchaus verschiedenen Dialogen hier in der Stadt, sei es im Landessportbund, der Handwerkskammer, der IHK Berlin etc. Weil wenn sie dann mal in verschiedene Debatten reingehen, die vermeintlich, wenn man mal die Tageszeitung liest, da mit erbitterter Vehemenz zwischen den beteiligten Akteuren ausgefochten werden, dann sehen Sie es ist meistens gar nicht so, sondern, wenn wir jetzt mal aktuell so ein Thema nehmen wie Mobilitätsgesetz und Förderung des Radverkehrs, oder jetzt auch generell Mobilitätspolitik, sehen Sie, dass zum Beispiel, ADAC und BUND, als die beiden Protagonisten in sehr vielen Punkten ziemlich übereinstimmende Positionen haben, was die zukünftige Entwicklung des Verkehrs betrifft. Es gibt dann - weil auch der ADAC ist ja durchaus auch für Radverkehr - es gibt sehr viele Kurzsatzpunkte und dann gibt es eben bestimmte Konfliktpunkte, und was eben bisher nicht gelingt in den derzeitigen Formen der Auseinandersetzung, festzustellen: wo besteht eigentlich der Konsens auch grundsätzlich zwischen Akteuren? Und wo sind Konflikte? - und Konflikte, die auch ausgetragen werden müssen, die diskutiert werden müssen. Weil dazu vielleicht auch das Verständnis von Konflikten, man kann das immer als negativ sehen, auch das wird ja häufig so betrachtet, dass aber auch bei Beteiligungsprozessen immer diese Konsensorientierung, als würde man es schaffen, über Beteiligungsprozesse einen Konsens zu erzielen - wird man nicht. Man wird gegebenenfalls einen fernen Interessensausgleich zwischen den verschiedenen betroffenen Belangen hinbekommen, aber man wird nicht immer alle zufrieden stellen und das ist ja auch ganz gut so, dass das so nicht ist, weil das ist als hätte man Kurzes auf dem höchsten abstrakten Niveau. Ein sehr zentraler Ansatz ist natürlich da dann auch solche Konflikte als durchaus das Positive im Werden der Stadt mit zu begreifen, nämlich Konflikte auch als eigentlich mit den zentralen Innovationsmotor, sowohl für die Stadtentwicklung, aber auch für die Entwicklung der Gesellschaft etc. Also wenn Sie sich angucken, wie sich Berlin entwickelt hat, welche Auseinandersetzungen es gab, auch schon in früheren Jahrzehnten, durchaus auch über ein Jahrhundert her, dann kommt aus diesem Konflikt vieles, was uns jetzt wahnsinnig wichtig ist. Ich kann jetzt aus der Naturschutz-Ecke zum Beispiel sagen, vor über hundert Jahren gab es einen Dauerwaldvertrag, haben wir ja bis heute noch, die Sicherung von Grunewald, Tegler Forst etc., weil Bürger sich gegen die damalige Stadtentwicklung eingesetzt haben und gesagt haben „nein, wir müssen hier auch eine Grenze setzen“, und daraufhin wurde der Dauerwaldvertrag auch mit durchgesetzt; damals ein Konflikt, heute sind alle froh und zufrieden damit. Und ich glaube dieses Verständnis von Konflikten - es geht ja auch darum, diesen auszutragen, die Politik dann, deshalb war vorher nochmal wichtig der Begriff, dass solche Dialoge Diskurse der Entscheidungsvorbereitung dienen. Wir haben die Aufgabe, uns mit unseren Interessen vehement in eine Diskussion einzubringen mit

den besten Argumenten. Und Politik muss sich eben viel stärker darauf beziehen, dass sie am Ende entscheiden und verantworten müssen diese Entscheidung. Und nicht immer das Gefühl vermitteln, man hätte schon alle Probleme gelöst, man müsse sie nur umsetzen. So, dieser Ansatz dürfte glaube ich wichtig sein für diese Debatte im Rahmen Mitverantwortung. Danke.

Volker Hassemer: Ja, vielen Dank Herr Heuser. Sie haben gemerkt, es knistert permanent, weil wir uns selbst gekürzt haben und das ist dann unsere Ermutigung, dass wir Sie jetzt, Christophe Knoch und ich, auch kürzen dürfen. Jetzt geht es also los mit, bitte, Ihren Stellungnahmen, Ihre Kritik. Auch zur Radikalität unseres Ansatzes, dass wir sagen, alles das, was bisher mit Bürgerbeteiligung in Berlin Mitte oder wo auch immer stattfindet, das ist eine Qualität, über die wir deutlich hinaus kommen müssen. Wir müssen eine andere Art - was Kaschuba sagt, es muss ein neues Stadtethos kommen. Herr Sambill, Sie sind der Chef der Sportjugend, ich hatte Ihnen angedroht: Sie werden der erste sein, der von uns einvernommen wird.

Steffen Sambill: Vielen Dank, ich stelle mich auch einmal hin und nutze das Mikrofon. Genau, Steffen Sambill, Sportjugend Berlin, nur kurz zur Erörterung: wir sind die Jugendorganisation des Landessportbundes Berlin und sind analog zur größten Bürgerbewegung als LSB auch der größte Jugendverband hier in der Stadt und vertreten somit die meisten Kinder und Jugendlichen; für die die da ein bisschen detaillierter einsteigen wollen, nach KJHB also SGB8, Kinder- und Jugendhilfegesetz. In der Vorbereitung habe ich ein Papier zugeschickt bekommen, was so dieses Berlin-Forum und die Vorerörterungen mir mal ein bisschen greifbar gemacht hat und habe dann auch verstanden, warum Klaus Böger mich angesprochen hat, weil dann auf der zweiten Seite steht „dem schließt sich eine Diskussion an, zu der gerade auch jüngere Vertreter der beteiligten Organisationen...“ und ich glaube ich bin mit unter 40 bei uns im Präsidium der jüngste, deswegen vielen Dank, dass ich heute hier sein darf und auch zu Ihnen sprechen darf.

Es ist so, dass die Sportjugend Berlin als Jugendverband nicht nur diesen klassischen Sport und auch die Sache, die der Sport auch allgemein hin vertritt, also neben dem Gesundheitsaspekt sicherlich auch viele soziale Bereiche hat. Und zwar kann ich auch ein Thema sagen, worauf ich auch ein bisschen stolz bin, weil wir haben dieses Jahr ein Jubiläum, 25 Jahre sportorientierte Jugendsozialarbeit, wo wir halt in den Kiezen vor Ort sind. Also wir sind hier nicht nur als Dachverband hier vom Olympiastadion, sondern wirken halt vor Ort in den Bezirken und haben da, denke ich, viele Aufgaben, die hier auch angesprochen wurden und deswegen fand ich die Eingangsstatements auch so interessant. Also es sind mir bekannte Schlagworte gefallen, wie Integration, wie Demokratieförderung; das sind so Sachen, die die Sportjugend, die Sportvereine und der Sport an sich natürlich macht, gerade in den letzten Jahren war, denke ich, Sport ein wichtiger Integrationsfaktor gewesen; Sie wissen es denke ich alle, aber ich möchte es dennoch erwähnen: Sport ist niedrigschwellig, oftmals ohne Sprachkenntnisse möglich, sozusagen integrativ zu wirken, und das machen wir im Grunde genommen auch gerne

und deswegen kann ich auch die Thesen die hier angesprochen wurden, gerade von Herrn Kaschuba, Stadt in Bewegung, würde ich mal vom Sport aus sehen, Sie haben es so genannt, auf jeden Fall unterstützen. Wir sind gerade dabei als Sport noch mehr die öffentlichen Räume zu nutzen, das ist ein Thema. Was wir natürlich auch haben, das war auch so ein Schlagwort von Ihnen, zum Thema Beteiligungsform habe ich etwas Neues gelernt. Ich kannte bis dato nicht diese Mitverantwortungsprinzipien, sondern allgemein war mir Partizipation bekannt, wie so oft - dieses Thema Jugendliche und junge Menschen möchten gerne beteiligt werden, auch im Thema der Stadtgesellschaft. Ich finde den Ansatz super, in diese, wie es so schön heißt, in diese Entscheidungsvorbereitung mit eingebunden zu werden. Da ist auch der Sport immer dabei, wenn es jetzt zum Beispiel darum geht, wir haben viel Geld, wir sind ja jetzt im Zeitalter der Investitionen angekommen und nicht mehr des Sparens in Berlin, das heißt also wir haben viel Geld und der Sport bemüht sich da zum Beispiel auch wenn es um das Thema Sportstättenneubau geht, und jetzt reden wir da nicht nur über große neue Sportstätten, die Olympiadimensionen haben, sondern einfach über die Schulsporthallen, die saniert und neu gebaut werden sollen. Dort wird der Sport im Grunde demnächst daran beteiligt werden, was ich richtig und wichtig finde. Dann hat Tilmann Heuser gesagt, die Konflikte, das sehe ich auch, man kann nicht alles schön reden, wir haben unterschiedliche Interessensgruppen. Nichtsdestotrotz sind ja zum Ende hin dann auch so ein bisschen da nochmal die Worte gekommen, dass man sich doch oftmals wirklich einig ist und Lösungen findet. Auch da ist der Sport gerade mit dem Thema Umwelt wird allgemein gesagt, dass die Interessenkonflikte sich doch sehr stark beißen, sehe ich nicht so. Das beste Beispiel, ich bin selber Segler von Hause aus und kenne gerade die freiwillige Vereinbarung zum Thema Müggelsee und ich glaube, das ist auch ein gutes Beispiel, dass man sagen kann, wir leben in einer Großstadt, in einer Metropole, und da muss Umwelt auch so funktionieren, dass Menschen darin leben können und auch ihre Freizeit verbringen können. Deswegen kann ich viele der hier angesprochenen Thesen unterstützen. Ich finde einige Ansätze sehr theoretisch, bin aber gespannt, wie sie umgesetzt werden können. Vielen Dank.

Volker Hassemer: Zu dem letzten Satz sagen Sie gleich nochmal was. In einer halben Stunde oder so.

Christophe Knoch: Genau, dann geben wir einfach weiter an Herrn Wittke von der Handwerkskammer Berlin und die Frage ist: Wie gehen Sie mit der Beteiligung, mit Differenz, und mit den daraus entstehenden Spannungen um?

Jürgen Wittke: Ja, ich finde den Begriff Mitverantwortung sehr spannend, weil - also ich bin seit vielen Jahren hauptberuflicher Lobbyist fürs Handwerk und vorher auch für andere Bereiche - Mitverantwortung war mir als Begriff auch an der Stelle sehr wichtig, weil Partizipation heißt ja im Zweifel „ich werde irgendwie gefragt, kann mich einbringen“ und Mitverantwortung in einer parlamentarischen Demokratie besteht ja darin, dass ein Politiker abgestraft werden kann. Das heißt, die Mitverantwortung eine

falsche Entscheidung als Politiker zu treffen besteht darin, „ich werde aus dem Markt gewählt“, im Zweifel am Ende der Wahlperiode. Insofern finde ich es spannend, aber muss auch ehrlich sagen, nicht trivial, wie ich Mitverantwortung gestalten will, denn wenn man sich das Forum anschaut, dann ist es das eine zu sagen „wir gucken uns mal an was wird aus den Vorschlägen“ und „wir fragen euch dann in 3,4 oder 5 Jahren immer wieder mal“ – das wäre aber nicht Verantwortung. Weil da könnte ich als Lobbyist oder als Interessengruppe immer noch sagen „ich hör gar nicht auf das, was die anderen sagen, ich habe meinen klaren Schlachtplan, ich will von A nach B, und Allianzen gehe ich nur ein, wenn sie meiner eigenen Zielsetzung dienen“. Aber in die Mitverantwortung genommen zu werden hieße ja tatsächlich, ich drücke irgendwas durch, was vielleicht für meine Klientel – die ist nun sehr breit, in meinem Fall wäre es Handwerk und das ist extrem schillernd, das sind über 30.000 Betriebe und 180.000 Beschäftigte in Berlin, da ist es gar nicht so einfach immer eine gemeinsame Position zu finden. Nehmen wir einmal das Thema Verkehrspolitik: wir haben Schornsteinfegermeister, die kommen wunderbar mit ihrem Cargo-Bike zu ihrem Kunden und freuen sich, dass sie keinen Parkplatz finden müssen, aber wir haben eben Dachdecker, für den ist das keine Lösung. Das heißt, es ist ja eine sehr große Breite schon, aber trotzdem bin ich mir der Tatsache bewusst, im Endeffekt ein Lobbyist zu sein. Ich muss nicht das Gemeinwohl vertreten, auch wenn eine Kammer vielleicht noch mit Pflichtmitgliedern das ein Stückweit mehr tut oder mehr tun kann als ein Verband, der vielleicht von großen Mitgliedern erpressbar ist oder geprägt wird. Aber insofern finde ich dieses „Mitverantwortung übernehmen“ spannend, weil was mir fast die größte Herausforderung erscheint, wäre, wie kriege ich das denn hin, bei einem Bürgerforum bei der Stadtgesellschaft auch Leute für Themen zu begeistern, für die das nicht das größte Hobby ist, die im Zweifel sehr wenig Zeit haben. Wie kriege ich den alleinerziehenden Vater, der noch einen Job hat; wie kriege ich den Unternehmer, die Unternehmerin, die leitende Angestellte dazu, sich bei Themen einzubringen, die eigentlich sagen „an den zwei Abenden in der Woche, wo ich mal frei habe ist es auch ganz schön mal frei zu haben“. Und das merken wir auch als Handwerkskammer bei Veranstaltungen, dass die eigentlich nur, wenn sie sehr sehr konkret sind, Leute anziehen. Ich habe es vorhin kurz erzählt: wir hatten vor drei Wochen mal das Thema „Digitalisierung im Mittelstand“. Da waren wir nicht der Veranstalter, ich war nur der Moderator. Da waren dann 25-30 Leute und das waren alles Berater – da war kein einziger Unter- also Unternehmer sind auch Berater aber es war kein Handwerker, keine Handwerkerin dabei. Wir hatten drei Wochen davor noch ein Forum, das nannte sich „Anwenderforum 3D-Druck im Gesundheitshandwerk“, das ging von Samstag früh bis Samstagabend – 150 Anmeldungen, 150 Leute erschienen, ganzen Tag da geblieben. Das ist sehr konkret. Insofern ist auch ein bisschen die Herausforderung: wie kriege ich bei einem Thema, was abstrakter ist, wo es darum geht, Stadt weiter zu entwickeln, wirklich eine große Breite hin und vor allen Dingen eine große Breite von Leuten, die dann am Ende sagen „ich bin auch bereit da Verantwortung zu übernehmen“. Denn ich kann als Lobbyist, ich kann auch eine Bürgerinitiative geschickt aufstellen. Die wird aber nicht zur Verantwortung gezogen; die kann erreichen, dass irgendwas nicht passiert,

was für die Stadt vielleicht gut gewesen wäre, ohne dass man aus dem Markt gewählt wird, ohne dass man einen Job verliert, dass man ein Amt verliert. Insofern finde ich, sollte man darüber nochmal nachdenken, wie kriegt man wirklich Mitverantwortung hin, weil das wäre eine neue Qualität und das wäre auch vielmehr als ein Feigenblatt im Sinne von Partizipation. Denn machen wir uns nichts vor, ich erlebe es ja selber, ich bin ja auch häufiger mal im Abgeordnetenhaus, gebe Stellungnahmen ab – natürlich hat auch eine Verwaltung eine Eigendynamik. Natürlich hat auch eine Verwaltung vielleicht schon einen ganz klaren Plan, wo sie denn vielleicht noch ihre eigene Hausleitung ein Stückweit schieben müssen. Aber, und natürlich herrscht manchmal auch das Gefühl vor: schön, dass die uns jetzt was erzählen, aber eigentlich wissen wir schon genau, was für die Stadt am besten ist und das werden wir auch irgendwie schon hinschaukeln. Und insofern ist das ein sehr hehres Ziel, aber ich find eben gerade auch Bürger bei der Verantwortung mit ins Boot zu nehmen ein sehr spannendes Ziel, aber da habe ich mehr Fragen als Antworten. Vielen Dank.

Volker Hassemer: Vielen Dank Herr Wittke. Frau Fassbinder... Frau Fassbinder kam in den 1990er Jahren aus Amsterdam und das hatte bei der Frage von Bürgerbeteiligung dann ohnehin einen Nummer-1-Rang, diese Holländer, die da alles früh schon gemacht haben und hat sehr das Stadtforum beeinflusst. Jetzt kommen Sie heute wunderbarerweise wieder mal hier vorbei: Wie sehen Sie denn das, was wir hier jetzt inzwischen so machen?

Helga Fassbinder: Also ich habe mich... ich komme nicht zufällig vorbei, sondern absichtlich, weil ich mich so gefreut habe, dass diese Initiative hier stattfindet. Ich will ein Schlagwort aufgreifen von Cornelia, nämlich „Gemeinschaftsprojekt Stadt“ und dann noch etwas weiter ausgreifen – was mir etwas zu blasig ist und was jetzt vielfach auch differenziert wurde, ist der Gegensatz zwischen Politik und Bürger. Eigentlich haben wir ja, wenn man mal jetzt einen großen historischen Bogen schlägt, unsere politische Struktur, die wir haben – die repräsentative parlamentarische Demokratie – als Instrument entwickelt, damit die Bürger entscheiden – sonst niemand. Das sind nämlich die Repräsentanten der Bürger. Nun hat sich die Sache etwas auseinander entwickelt im Laufe der Geschichte, dadurch dass man nur alle 4 Jahre mal zur Urne geht und höchstens mit irgendwelchen großen Krawallen irgendjemand abgestraft wird, der ganz anders entscheidet als die Bürger sich das vorgestellt haben – also ich glaube diese parlamentarische Struktur, die wir haben, die bedarf einer Feinstruktur, einer weiteren Verfeinerung der Struktur, die entwickelt worden ist. Und dazu sehe ich das, was hier gemacht worden ist und auch das damalige Stadtforum von vor 25 Jahren als einen ganz wichtigen Punkt. Eine Verfeinerung der Struktur der Demokratie. Und deswegen finde ich auch diesen Begriff „Bürger“ nicht hinreichend. Nämlich die Bürger – und das haben Sie ja so schön betont – das sind ganz unterschiedliche Leute und obendrein, jeder Bürger hat in sich selber viele Seelen in seiner Brust und da sind ganz unterschiedliche Zielsetzung und so, und trotzdem müssen wir auf einen gemeinsamen Nenner kommen, wenn eine Entscheidung gefällt werden muss und es müssen halt

Entscheidungen gefällt werden. Und ein Forum zu inszenieren, in dem die Argumente aus den verschiedenen Ecken, der verschiedenen Kategorien von Bürgern, also Akteure mit ihren unterschiedlichen Einbindungen usw., aufeinandertreffen und in der Diskussion miteinander sich abgleichen, in Argumenten – das ist etwas ganz ganz Wichtiges. Nämlich wir sind dann gemeinsam auf der Suche nach dem Omnium Optimum - dem Besten für uns alle. Und das ist natürlich nicht so, dass es dann keine Verluste gibt, in keiner Weise. Man muss allerdings dann auch bei denjenigen, für die die negativen Seiten zu tragen haben über Kompensation reden, sodass es wirklich ein Omnium Optimum gibt. Und ich finde diese Initiative hier, jetzt als einen neuen Anlauf als solch einer demokratischen Feinstruktur, ganz außerordentlich wichtig.

Volker Hassemer: Vielen Dank. Wir haben... Herr Grötschel. Das ist ja schön!

Christophe Knoch: Was sagt die Wissenschaft zu dem Spannungsfeld zwischen Partizipation und Mitverantwortung?

Martin Grötschel: Ja jetzt werde ich einfach so angesprochen. Also mein Name ist Martin Grötschel, ich bin Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und bin jetzt zum ersten Mal bei dieser Veranstaltung und fand das faszinierend. Alles was vorgetragen wurde – da kann man ja nicht gegen sein, sondern das sind ja Dinge, die uns alle bewegen und der Beitrag der Dame gerade hat mir besonders gut gefallen, von der Feinstruktur und der Organisationsform. Für mich ist immer sehr wichtig, dass wir organisatorisch richtig handeln. Die Politik ist organisiert durch Parteien; dann haben wir Verwaltung. Die sind organisiert und dagegen ist der Bürger erstmal ein atomistischer Haufen von Leuten, von denen wir eigentlich nicht wissen, wer das ist. Und dann gibt es einige, die sagen „wir repräsentieren die“. Und da muss man dann schon vorsichtig sein. Also wenn ich zum Beispiel in der Yogagruppe des SC Gatow bin, dann weiß ich nicht, ob der Herr Böger mich wirklich repräsentiert. Er behauptet das jedenfalls, ich habe ihn nie dazu beauftragt. Das ist das Problem. Nicht, dass ich etwas dagegen habe, aber das sind die Schwierigkeiten, die man dabei hat, dass man sagt „ich vertrete irgendwen“ nur weil er ein großer Haufen von Leuten ist, die eigentlich aus anderen Gründen in einem Verein sind. Das macht die Sache so schwierig und ich glaube, dass es eine unglaublich gute Idee ist, jetzt zu versuchen, das was diese Feinstruktur ausmacht so zu organisieren, dass man repräsentative Meinungen von Gruppierungen bekommt. Ich war 25 Jahre in der Leitung eines informationstechnischen Instituts, Konrad-Zuse-Zentrum, und ich habe am Anfang geglaubt, mit dem Internet und E-Mail, das ist ja unglaublich, da können wir ja ganz tolle Sachen machen und das wird alles funktionieren, und jeder kann mit jedem reden und wir können gemeinschaftlich zu Entscheidungen kommen – ist natürlich alles Quatsch. Wir haben inzwischen gemerkt, dass da „Trolle“ und „Bots“ und so, unsere Diskussionen dominieren und wir sind überhaupt nicht in der Lage, gemeinschaftliche Entscheidungen zu treffen, weil es überall diese üblen Typen gibt, die uns dann versuchen zu manipulieren. Und dieses müssen wir aus dem System raus bekommen. Dass

irgendwelche Instrumente eingeführt werden, die das torpedieren oder versuchen eine spezielle, oder gewisse Meinungen durchzubringen dadurch dass sie das manipulieren können, indem sie behaupten, sie sind die Bürger und sprechen für die Bürger. Und wie das organisiert werden kann, das ist für mich eine Schwierigkeit. Ich weiß nicht wie und ich glaube, dass wird ein ganz großes Ziel dieses Forums, das zu organisieren. Mir haben diese Pfeile der bürgerschaftlichen Mitverantwortung natürlich gefallen, weil ich da auch für bin - die Frage ist nur, ob die Pfeile dazu führen, den, den wir als glauben, dass das der Bürger ist, wirklich in diesem Prozess einzubringen. Also die Organisation dieser ganzen Aktion, die ist mir noch unklar. Ich habe nichts gegen das Ganze, ich finde das großartig - die Frage ist, wie kriegt man das hin, die Bürgerbeteiligung wirklich zu organisieren.

Volker Hassemer: Nochmal zum Ablauf, vielen Dank Herr Grötschel, wir werden uns mäßigen, Antworten zu versuchen. Wir hätten welche, aber wir wollen sie Ihnen nicht zumuten. Uns geht es heute vor allem darum, dass Sie uns pieken für die weitere Arbeit, das ist eine Vorbereitungsveranstaltung in einem langen Prozess. Wir werden vielleicht nachher so manche Dinge beantworten, aber seien Sie bitte nicht überrascht, wenn wir das einfach so, diese spannenden Kritiken, stehen lassen. Ich will Frau Baller fragen - ja so ist das. Und zwar deshalb: Alle kennen ihre Häuser in der Stadt, es gibt kaum einen Architekten oder ein Architektenpaar damals, das nicht verstanden hat, ihre Häuser so zu gestalten, dass jeder, der daran vorbeigeht, an den Balkons spätestens, und an der Ecke merkt „schon wieder ein Baller“. Ich frage Sie aber jetzt als Architekt: Der Architekt will doch eigentlich einen Auftrag haben, will das Ganze nach seinem Plan, nach seinem Kopf zu Ende führen - ist dann die Mitverantwortung von noch anderen für Sie nicht bedrohlich?

Inken Baller: Also das würde ich jetzt nicht sagen, sondern im Grunde genommen ist es doch so, als Architekten ist es nicht unbedingt, wenigstens in meiner Person, so, dass ich mich selbst verwirklichen möchte, sondern ich möchte, dass die Gebäude, die ich erstelle, auch gerne genutzt werden. Und wenn ich jetzt denke, zum Beispiel, wir haben ja auch diese Sporthalle in der Schlossstraße gebaut, - ich glaube die ist bis heute noch eine der beliebtesten Sporthallen - und da sind gerade die jungen Leute, wenn ich da hinkomme, die finden das immer besonders schön. Ich denke, was heute oft bei der Architektur ist, dass sie eigentlich zu eindimensional ist und ich glaube, dass man da einfach auch wieder eine etwas größere Breite auch haben muss und dass man mehr Interpretationsmöglichkeiten haben muss, auch mehr Möglichkeiten hat, sich etwas anzueignen und durch diese Interpretation und der Aneignung der verschiedenen Leute für die die Architektur das Forum bietet, dass da dann doch auch was Eigenes entsteht. Und ich denke, das ist sehr sehr viel wichtiger als dass ich mich selbst verwirkliche. Und das ist etwas, was vielleicht auch beim Berlin-Forum ist, dass ein Forum bildet, wo also die Leute sich dann auch wiederfinden können.

Volker Hassemer: Vielen Dank Frau Baller. Ich möchte jetzt nochmal Herrn Meng gleich etwas fragen und dann schlage ich vor, Herr Knoch, dass wir mal den Herrschaften hier in der Runde Kommentare erlauben. (Kommentare im Hintergrund). Herrn Meng kennt hier auch jeder. Die meisten wissen nur noch nicht, dass er auch lange, und das ist das eigentlich, Journalist bei der Süddeutschen und anderen war, aber vor allem in der Rundschau. Aber vor allem war er das Sprachrohr von Herrn Wowereit – was ihm ja gar keiner vorwirft. Herr Meng, wie geht's Ihnen so, wenn Sie da aus ihrer Situation des Journalisten, und aber auch dessen, der für Politik und Verwaltung stand und sie erklären musste und konnte: Wie sehen Sie dann so eine Art der neuen Verantwortungswahrnehmung in einer Stadt.

Richard Meng: Ja Herr Hassemer, Sie wissen – und ich sag's jetzt hier auch – dass ich bei diesem Thema hin- und hergerissen bin und heute auch gekommen bin, um hineinzuhören in die Diskussion. Wenn Sie aus dem Journalismus kommen, finden Sie jeden gut, der irgendwas kritisiert, irgendwas will, irgendwas bewegen möchte, geben ihm die Plattform – alles andere ist ja auch langweilig. Das findet, finde ich, auch statt, auch in Berlin, gerade in Berlin. Wenn Sie dann mal die Verwaltung von Innen sehen, die Schwierigkeiten sehen überhaupt irgendetwas durchzusetzen, die Schwierigkeiten sehen aus einem Vertrauensvorschuss, - denn mehr ist ja ein Wahlergebnis nicht – aus einem Vertrauensvorschuss etwas zu machen, was man Perspektive nennen könnte, dann kommen Sie manchmal auch ins Zweifeln, an wen Sie alles so geraten, wenn Sie Beteiligung machen. Denn Sie geraten an – das Wort fiel vorher – Lobbyisten, berufsmäßige -, Hobbylobbyisten, wen auch immer, aber Herr Grötschel hat das ja auch mit einem Fragezeichen versehen: wer sind die Bürgerinnen und Bürger an der Stelle? Und das Problem, was Sie haben werden mit dem Forum, wenn es in irgendeiner Form mal zu Stande kommt, ist zu definieren, wer vertritt denn eigentlich die Bürgerinnen und Bürger - das macht ja eigentlich unser Parlament. Und das macht es dem Senat schwer genug – finde ich zu Recht auch, dafür sind sie da. (Kommentar aus dem Off) Dem Bürger manchmal auch, na gut, aber sie müssen ja Entscheidungen fällen, die daher auch Leute betreffen. Es gibt ja keine Entscheidungen, die nur bejubelt werden. Sie müssen auch immer zwischen Interessen entscheiden und meine Rolle war 7 Jahre lang, ein Stück weit auch von der Senat-Seite aus Publizistik zu vertreten und da merken Sie auch in welche Zwiespälte Sie dauernd reinkommen. Also diese Sache ist extrem schwer und ich finde eines der Probleme ist doch gerade, die Bürgerinnen und Bürger dazu zu bekommen, kontinuierlich an einem Thema mitzuarbeiten. Jetzt mal die Breite der Gesellschaft, nicht die, die Zeit haben und in Rente/Pension sind und sich mit nichts anderem mehr beschäftigen. Sondern den Durchschnitt der Gesellschaft dazu zu kriegen, kontinuierlich an einem Thema dran zu bleiben. Das ist das wirkliche Problem und unsere lieben Verbände, die zum Teil hier vertreten sind, zum Teil bei anderen Foren bei ihnen, die erleben es ja auch selbst immer wieder, dass sie, wenn sie sich etwas anschließen, man noch lange nicht weiß, wie viele Leute dann auch wirklich dahinter stehen, wenn es ernst wird. Wir haben das beim Tempelhofer Feld gemerkt, wo es ein breites Verbändebündnis gab und eine klare Mehrheit dagegen, überhaupt

irgendwas zu bauen. Und da sind Sie ständig in einem Dilemma und mein Ziel ist es heute mal bisschen rein zu hören, weil ich sehr skeptisch bin gegen so organisatorische Lösungen - dass man da irgendein Gremium schafft und dann denkt, jetzt hat man das Problem gelöst. Das Problem geht weit tiefer und hängt auch mit unserer Gesellschaft zusammen und mit ihrer Vielschichtigkeit, mit ihrer Vielfalt und ihren Gegensätzen, wo ich am Ende denke: im Parlament muss das am Ende austariert werden - da werden wir als Bürgergesellschaft helfen können, aber wir werden es nicht ersetzen können. Das sind meine Gedanken dazu.

Volker Hassemer: Vielen Dank Herr Meng. Herr Knoch, fragen Sie die Herrschaften ab.

Christophe Knoch: Danke für die Aufforderung. Wie schafft man Organisation, wie schafft man Verfahren, um zur Legitimation davon zu kommen und wie geht man vom Wildwuchs oder vom Wutbürger dann weg, dass man da wirklich zu einer richtigen Entscheidung kommt? Was sagt das Podium dazu? Ich gebe das Mikrofon einfach mal weiter.

Wolfgang Kaschuba: Also wenn wir das alles wüssten, dann wären wir wahrscheinlich gar nicht hier. Also ich glaube, es ist nochmal wichtig, wir wollen ja nicht das Rad neu erfinden, sondern die Ausgangsfrage wäre: Ist die Beobachtung richtig, dass es gerade in einer Stadt wie Berlin unglaublich viele gesellschaftliche Aktivitäten gibt (niemand kennt die genau). Wir haben die auch noch nicht genau untersucht. Gerade weil sie sehr disparat sind. Es bilden sich aber, und das zeigt sich eben, es bilden sich neue Cluster heraus, Politik wird nur noch zum Teil in Parteien gemacht. Bewegungen machen ganz andere Formen von Politik. Engagement wird biographisch in kleinen Dosen organisiert. Wenn ich Kinder habe, habe ich andere Interessen, als wenn ich an einem Rollator stehe. Die Frage ist, wie kommen diese Bedürfnisse und Erfahrungen zusammen, und ist es jetzt, in diesen Zeiten, so etwas wie ein Momentum, in der man darüber nachdenken kann, dass vielleicht neue Formen, neuer respektvoller Umgang, neue Formate, neue Medien, die Dinge ergänzen, die wir haben. Wir haben sehr viele Dinge, aber wie kommt der runde Tisch, der sich in der Potsdamer Straße zu Fragen der Straßenprostitution und der Kindererziehung verhält, zusammen mit der harmlosen Baumscheibeninitiative in Kreuzberg, die nur ein paar Blümchen pflanzen will. Also ich würde schon sagen, da ist ein Moment sozusagen der Zuständigkeitserklärung drin, das völlig unterschiedlich ist. Aber wir geben die Stadt nicht nur einfach in die Hände der Verwaltung, und wir müssen jetzt erreichen, dass die Verwaltung nicht nur kapiert, dass sie uns zuhört, sondern dass die Stadt zum Teil in den Händen der Stadtgesellschaft jetzt ist. Deswegen kommen ja so groteske Konflikte zustande wie in Pankow, dass da Baumscheiben bepflanzt werden und dann kommt das Grünamt und kappt die bei 18 cm - großartiger Konflikt. Die Stadt lebt von Konflikten, nicht von Konsensen, sonst können wir aufs Dorf ziehen. Also die Frage wäre, ob diese Dynamik, die sich darin entwickelt, zunächst einmal eine Form bekommt, in der legitim zwischen Politik, Verwaltung und der Stadtgesellschaft diskutiert wird. Und ob aus dieser Diskussion eben nicht nur ein neues

Modell entsteht - also wo können wir nochmal abstimmen und wo können Urnen aufgestellt werden - sondern eben auch in der Tat neue Formen der Verantwortlichkeit. Denn wenn ich die Baumscheibe eben nur eine Woche pflege, ist sie im Mai kaputt - also diese Form der Nachhaltigkeit, die entwickelt sich aber in der Stadt und das wäre im Grunde genommen unsere Annahme - nicht wir erfinden jetzt die Welt neu, sondern wir versuchen den Dingen, die sich entwickeln, die im Prozess sind, eine Form zu geben und bieten der Politik dafür eben auch ein Format.

Volker Hassemer: Vielen Dank, Herr Kaschuba. Herr Heuser, irgendwie hat er versucht sie zu kritisieren... (Reaktion im Off). Nein, dann Urs, möchtest du was...

Tilman Heuser: Nein, ich glaube wir sind da einer Meinung: Konflikte gehören einfach zu einer Stadt. Und es kommt darauf an, wie werden die ausgetragen, weil die genau das Potenzial haben, dass eine Stadt sich insgesamt positiv auch weiter entwickelt, wenn man eben den entsprechenden Konfliktaustrag macht. Und ich glaube ein entscheidender Punkt ist, wir haben zurzeit eine Tendenz – sei es in den Medien, sei es auch in der Politik - immer stärker in Richtung Meinungsdemokratie zu gehen, es geht um Meinungen, und es geht nicht um die Frage von Klärung von Sachverhalten und dann irgendeine informationsbasierte Entscheidung. Wie man versucht mit den diversen Interessen umzugehen, und das Ganze tatsächlich auch als Aushandlungsprozess begreift. Wir haben die gleiche Situation auch bei den Organisationen: Wir stehen immer stärker unter dem Druck, so nach dem Motto, durchsetzungsorientiert zu agieren. Sie erleben über das Internet eine ganz starke Verschiebung in Richtung der Aktivitäten von politischen Organisationen, die nicht Parteien sind, aber Parteien genauso, dass es immer stärker darum geht, Kampagnen durchzuführen; mit einem bestimmten Thema, wo man sagt: hier guckt mal die ganzen Leute stehen hinter uns und deshalb müsst ihr jetzt so und so entscheiden. Ein Diskurs zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren ist damit gar nicht mehr drin. Es geht nur noch darum, mehr oder weniger - ich habe gerade auch das, in den letzten Jahren noch eine viel stärkere Durchsetzungsorientierung auch für Verbände, bzw. ich kann ja persönlich auch sagen, ich wurde ja in einem Zeitungsinterview auch schon mal als Senatsverstehler tituliert, weil wir ja teilweise zu zahm sind. Der ADAC hat auch das Problem, die IHK auch, die Handwerkskammer auch; wir werden, auch wenn wir das gleiche vertreten wie früher dafür kritisiert, dass wir zu zahm sind und nicht, um es aber spitz zu formulieren, auf die Kacke zu hauen und wegen allem da irgendwie jetzt einen Konflikt draus zu machen. Das ist derzeit die Situation vor der wir stehen, wo es eben ganz schwierig wird, tatsächlich überhaupt noch fachorientierte, auch für Externe nachvollziehbare, Diskurse zu führen. Deshalb haben wir auch die Situation, vielleicht auch die Bürger deshalb - Bürger haben ja auch sehr verschiedene Interessen intus, darauf haben Sie ja vorhin hingewiesen, aber auch bei den Bürgern geht es teilweise wirklich darum, zunächst einmal zu lernen, wie funktionieren denn eigentlich bestimmte Vorgänge. Zum Beispiel bei uns, also 70% der Anrufe, die uns erreichen - das sind sehr viele – geht es immer um das Thema „Bäume“. Irgendwo wenn eine Säge kreischt, können Sie davon ausgehen,

wir werden angerufen. 80% der Arbeit bedeutet erstmal denen zu erklären, warum gegebenenfalls und unter welchen Voraussetzungen ein Baum gefällt wird und 80% wird dann auch den meisten Leuten klar „ok es ist in gewissem Maße legitim“. Bei anderen Sachen merkst du dann, da Informationen anderes nicht funktionieren. Und da kommen wir zum Prinzip auch der Mitverantwortung. Natürlich ist es meine Aufgabe als Interessenverband meine Interessen, also Umwelt, Naturschutz, Klimaschutz etc., einzubringen, wie Herr Böger Sportinteressen einbringen muss. Ich bin aber, muss man auch dazu sagen, ich habe kein allgemeinpolitisches Mandat. Ich vertrete sozusagen immer nur meine Umweltinteressen. Das ist auch so ein Thema. Das hatten wir bei Olympia zum Beispiel, wo wir gemeinsam mal organisiert haben – wir ja eher skeptisch zur Olympia, LSB eher positiv – und gesagt haben, „ok wir müssen jetzt mal fachgerecht diskutieren“. Ja die meisten wussten gleich, ob sie dafür oder dagegen sind, als auch Fachorganisationen. So und das ist so eins der Kernprobleme, was damit auftritt. Und dieses dann eben zu überwinden wird eine der zentralen Herausforderungen sein, um tatsächlich überhaupt wieder sinnvolle Diskurse hinzubekommen und dann auch – und da muss dann eben Politik auch entsprechend sich aufstellen – da dann sinnvolle Entscheidungsvorbereitungen gemeinsam hinzubekommen. Die Entscheidung muss dann tatsächlich die Politik in ihrer Verantwortung gegenüber den Wählern treffen.

Volker Hassemer: Vielen Dank Herr Heuser... Urs Kohlbrenner.

Urs Kohlbrenner: Ich bin sehr froh darüber, dass das Thema der Mitverantwortung bei Ihren Worten so eine große Rolle gespielt hat, weil das nämlich wirklich so mit ein Kernpunkt ist und, wenn man so will, eigentlich noch nicht gelöst. Trotzdem muss man es probieren. Also man darf jetzt nicht vor lauter „was es alles für Probleme bringen kann“ es nicht versuchen, weil aus unserer Sicht gibt es dazu eigentlich keine Alternative. Trotzdem, Mitverantwortung ist ja auch dann eine Herausforderung an diejenigen, die teilnehmen. Es ist ja nicht nur eine Herausforderung an die Politiker und die Entscheidungsträger, sondern es hat zwei Seiten. Das heißt mit anderen Worten auch, das, was Herr Heuser gerade gesagt hat: die Lobbyisten haben da eigentlich nichts zu suchen. Weil nämlich Mitverantwortung bedeutet, sich für das Gemeinwohl mitverantwortlich fühlen. Und das ist etwas anderes, als einen Sektor voranzutreiben. Das heißt, es muss eben die Menschen, die da mitmachen müssen bereit sein sich darauf einzulassen. Warum ich optimistisch bin, hat einen anderen Grund. Ich habe vor 6 Wochen Veranstaltungen moderiert zum Stadtentwicklungsplan Verkehr. Da wurden über ein relativ kompliziertes statistisches Verfahren per Zufall Bürger ausgewählt, die nicht organisiert sind, sondern die über diesen Zufallsgenerator ausgesucht worden sind und dann bereit waren, sich in Diskussionen mit zu beteiligen. Und ich habe festgestellt, dass alle diese Bürger ein unglaubliches Maß an Mitverantwortung für die gesamtgesellschaftliche Verantwortung hatten. Sie haben nämlich alle ihre privaten Interessen immer in Bezug gesetzt, warum sie das machen können, was sinnvoll ist und was sie nicht machen können, weil die Rahmenbedingungen so sind, dass eben, ganz simpel gesagt, ab 20 Uhr die S-Bahn nur noch alle halbe Stunde fährt und sie deshalb

halt mit dem Auto fahren, obwohl sie eigentlich mit dem öffentlichen Verkehr fahren würden. Das heißt, ich habe in dieser Veranstaltung ein unglaubliches Zutrauen an die Bürger gewinnen können, was mich relativ sicher macht, dass man das, wenn man die geeigneten Formate findet, auch auf andere Maßstäbe übertragen kann. Sie müssen keine Angst haben, dass die Bürger nicht informiert sind über die gesamtgesellschaftlichen Themen, die relevant sind und nicht wissen, was sich auf der Welt tut, wie man sich eigentlich sinnvollerweise verhalten sollte.

Christophe Knoch: Frau Poczka, der Zufallsgenerator zur Ermittlung des gesunden Menschenverstandes jenseits des Lobbyismus und der Interessensvertretung. Ist das ein Weg?

Cornelia Poczka: Vielleicht manchmal, aber ich glaube eigentlich eher nicht. Sondern, durchaus sollte es so sein, wenn zum Beispiel, beim Gemeinschaftsprojekt Stadt jetzt, wenn die Verwaltung die Menschen, die dort leben zum Beispiel in einem Gebiet, wo was passieren soll, von vornerein mit einbeziehen. Die Vorschläge, die gemacht werden, nicht einfach in der Schublade verschwinden, sondern, dass die wirklich geprüft werden und wenn es nicht geht, den Menschen auch erklärt wird, warum dies oder jenes zum Beispiel nicht machbar ist. Und dass dann die Menschen auch weiter informiert werden und weiter beteiligt werden, auch wenn bereits die Verwaltung – und das muss ja auch passieren – eine Entscheidung getroffen hat. Und die muss dann auch irgendwann sagen: so und so muss es jetzt gemacht werden. Also das ist meine Vorstellung von der Gemeinschaft, gemeinsamen Planung oder gemeinsamen Arbeit für das Gemeinwohl in der Stadt. Und ich denke das wollen wir im Berlin-Forum diskutieren, wie so ein Prozess in Gang gesetzt werden kann, ob das sinnvoll ist und welche Instrumente man dazu braucht.

Volker Hassemer: Ich habe noch 2-3 inpetto, jedenfalls die ich gerne ansprechen würde, und um den Überraschungseffekt zu erhalten, werde ich noch nicht verraten, wen. Ich will noch einen Punkt noch von mir aus sagen, weil das ist das, was Herr Grötschel sagt, was auch dann noch einmal besprochen wurde: wir gehen nicht davon aus, wenn wir fragen, welche Bürger sollen denn da aktiv werden, dass Bürger andere Bürger vertreten. Sondern wir glauben, es ist sinnvoll und möglich, Bürger zu finden, die nicht Vertretungsbefugnisse haben, sondern für Belange in einer besonders eindrucksvollen Form stehen. Sie stehen für Dinge und für Themen und für Sachen, denn was Sie sagten, am Anfang, das Ganze ist ja erstmal theoretisch, es geht ja ganz konkret zu Belangen, zu Schwierigkeiten und wir glauben, dass die Bürger zu Wort kommen wollen, die dafür am wirkungsvollsten auftreten können. Den Anspruch, den es im Politischen gibt – dass mindestens die Politik sagen kann „wir vertreten unsere Wähler“ – der ist auf der Bürgerseite nach unserer Überzeugung der falsche Weg. So, hier sitzt Herr Heilmeyer. Was uns gelungen ist, wir haben hier nicht Spezialisten für Bürgerbeteiligung, sondern Leute aus unterschiedlichen Kompetenzen. Herr Heilmeyer hat das Antik-Museum geleitet, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz beeinflusst und mehrere andere

Schandtaten – und Sie sind also ein elitärer Typ. Schreckt Sie die Tatsache ab, dass wir Bürger in die Verantwortung ziehen wollen?

Wolf-Dieter Heilmeyer: Nein, gar nicht. Was mich in dieser Diskussion heute ein bisschen erstaunt ist, wie allgemein Sie noch sind. Herr Kohlbrenner hat eben sehr schön ein Beispiel genannt: die Befragung zur Verkehrssituation. Wir haben andere Beispiele ja gehabt: wir haben die große Stadtdebatte gehabt über Berlin-Mitte. Die ist gut gelaufen. Da sind Ideen rausgekommen, die sozusagen den Politikern den allgemeinen Rahmen vorgeben. Und dann, nichts mehr. Gar nichts mehr, es passiert gar nichts in der Stadtmitte. Gerade für ein Berlin-Forum könnte die Stadtmitte doch ein wunderbares großes Thema sein und da noch einmal das probieren, wie weit man kommt und wo man scheitert. Das Scheitern ist hier tatsächlich die Verbindung auf Ihrer anderen Folie vorhin, von den beiden Pfeilen. Dass man sowohl die Mitverantwortung der Bürger hat, aber auch dann die Mitverantwortung der Politiker, nun einen Schritt weiter zu gehen. Und das kann man an praktischen Beispielen in Berlin sehr schön zeigen, hoffentlich Ihr Verkehrsunternehmen und die Berlin-Mitte. Ich selbst bin gerne als Praktiker tätig gewesen und noch heute gehe ich gerne über den Lustgarten, den wir doch immerhin erreicht haben dass er wieder grün ist in Berlin.

Christophe Knoch: Wollen Sie vielleicht einfach Ihr Mikrofon an Ihre Nachbarin weitergeben: Frau John.

Barbara John: Aber ich will es ja gar nicht. (Gelächter)

Christophe Knoch: Aber wir wollen von Ihnen hören, was Sie uns dazu sagen können.

Barbara John: Also mir fällt dabei ein, dass – das gibt es nur einmal und wenn ich das sagen, dann meine ich so eine verrückte Idee, die die Stiftung Zukunft hatte, nun 3 Millionen, 3,7 Millionen, die sehr souverän sind, das ist wahr, aber die eigentlich Ameisen sind für die Politik – wir sind Ameisen. Wir rennen hier rum, wir bringen das und das ein, wenn wir mal eine Mail schreiben, in Twitter, und machen jemanden fertig, dann wird die Ameise vielleicht zur Maus oder zum kleinen Tiger, aber mehr ist nicht in der Stadt an Bewusstsein, dass hier so viele Menschen sind und es ist ja auch gesagt worden, von Herrn Kohlbrenner, die Mitverantwortung haben, die sich mitverantwortlich fühlen, aber die niemand fragt, die das Bewusstsein gar nicht haben. Und für mich ist dieser Ansatz der Versuch – Sie haben von Feinstruktur gesprochen – den Bürgern, uns selber zu sagen: die Stadt hängt letztendlich von dir ab. Sie hängt ab davon, wie du dich im öffentlichen Raum bewegst, was du für den öffentlichen Raum machst: pflegst du ihn, vernachlässigst du ihn, behandelst du ihn wie eine Müllablage und dergleichen mehr. Die Sicherheit in der Stadt hängt von dir ab: wie gehst du damit um, passt du auf, bist du der Hüter deines Bruders, oder interessiert dich das hier alles gar nicht. Also, ich kann eigentlich – bin ja nun selber als Vorsitzende des Paritätischen beteiligt in diesen Vorerörterungen – nur sagen: die Mitverantwortung, nicht nur von uns, diesen

Organisationen, ist etwas Entscheidendes. Sondern die Mitverantwortung jedes Einzelnen. Weiß er es? Können wir es ihm mitteilen? Wie können wir es ihm mitteilen? Und entwickelt er so etwas wie ein Bewusstsein, ein Bürger einer Stadt zu sein, die ein Gewebe ist und eine Gestalt hat, die nicht einfach da ist, sondern die davon lebt, wie er sich in dieser Stadt bewegt. Das ist das, was mir dazu einfällt und die ganze Zeit dazu eingefallen ist, aber was mir natürlich auch nicht einfällt ist, wie wir das wirklich anpacken. Und ich denke „ja, wir müssen konkret werden“ aber womit werden wir konkret? Mit etwas, was schon mal andiskutiert worden ist? Mit Kunst und Kultur, das haben wir ja auch versucht zu sagen, das sind die Treiber. Mit sozialen Problemen, die diese Stadt in Massen haben wird und zwar in wachsendem Maße, weil diejenigen, die zuziehen in der Regel nicht diejenigen sind, die große Wertschöpfung hier bringen werden, sondern die auch von dieser Stadt und ihren Zusammenhängen leben werden und auch von dem sozialen Gewebe in dieser Stadt. Das sind alles Fragen, die wir natürlich noch nicht beantworten können und noch nicht lösen können. Aber was faszinierend ist, ist dass hier Menschen sind, die sagen „wir versuchen das mal und wenn wir scheitern, dann war es dieses Scheitern wert gewesen“.

Christophe Knoch: Jetzt ist hier noch eine Wortmeldung. Dann würde ich doch einfach das Mikrofon – Sie kriegen eins in die Hand – weitergeben. Die Dame hinter Frau John.

Andrea Meisel: Danke. Hallo, mein Name ist Andrea Meisel, vielen Dank für diese sehr interessanten Beiträge heute Abend. Ich selber arbeite in der Kommunikation für Immobilienunternehmen und interessiere mich sehr für Stadtentwicklung und warum ich heute hier bin ist eigentlich, weil ich direkt nach dieser Veranstaltung gesucht habe. Ich glaube, wir müssen uns nichts vormachen: Stadtentwicklung ist ein sehr spezielles Thema und viele fühlen sich davon nicht betroffen oder spüren nicht, dass sie davon betroffen sind. Und ich glaube auch, dass es eine Frage von Kommunikation ist, inwiefern man die Menschen, die wirklich davon betroffen sind, dafür sensibilisiert. Dass sie Mitverantwortung tragen, und dass sie kreativ dazu beitragen könnten, dass sie ihr Umfeld tatsächlich verbessern. Meine Erfahrungen habe ich in Moabit gesammelt, da gibt es dieses Quartiermanagement; die machen ganz aktive Arbeit dort, versuchen Bürger ständig zu beteiligen an Prozessen und die Wahrheit ist, die kriegen kaum Menschen zusammen. Und es sind oft Lobbyisten da, Menschen die ganz spezielle Interessen haben, die einbringen wollen, weil sie Ladenbetreiber sind oder so und dort in ihrer Straße ein ganz spezielles Interesse haben und deswegen sich auch verantwortlich fühlen, sich da zu beteiligen. Ich wünsche mir von der Stiftung Zukunft, dass sie für die Zukunft wirklich ein Kommunikationskonzept erstellt für verschiedene Schichten der Gesellschaft, um sie mit den Medien, mit denen sie kommunizieren, eben wirklich auch zu erreichen und zu zeigen, was es für kreative Möglichkeiten gibt, sich hier zu beteiligen. Dankeschön.

Thomas Hess: Thomas Hess, vielen Dank für die Einladung, vielen Dank für die Impulse. Ich bin geprägt von jahrelangem Engagement in der Jugendverbandsarbeit. Und wirklich

Danke für die Impulse. Ich will etwas für die weitere Debatte anregen. Gerade in den Voten beim Einstieg, ist mehrfach das Bündel benutzt worden „Politik und Verwaltung“ – das hat mich irritiert, weil ich nicht glaube, dass das wirklich zusammengehört. Einmal ist für mich der Begriff Politik sehr diffus. Ist das nicht alles, was da passiert Politik und müsste dort nicht eher der Begriff Parteien stehen? Und sind Parteien nicht auch ein Zeichen bürgerschaftliche Mitverantwortungen? Und das zweite: warum wird dabei gleich mitgenannt „die Politik“? Das ist meine hauptberufliche Tätigkeit seit über 40 Jahren in der Berliner Verwaltung - ich habe immer verstanden, das war mein Anspruch, Verwaltung hat immer eine dienende Funktion. Deswegen geht sie hin und hört was von der Bevölkerung, von den Bürgerinnen und Bürgern, von der Wirtschaft, erwartet wird, aber in Ihrer Darstellung ist sie häufig mitgenannt worden mit der Politik und da gehört sie für meine Begriffe nicht hin. Sie ist weder parteipolitisch - auch wenn sie von Senatoren geführt wird - und schon gar nicht ist sie allgemeinpolitisch. Sie hat sich auch kein Mandat irgendwo geholt; sie ist nicht gewählt worden, sondern sie hat eine dienende Funktion. Ich glaube, das müssen Sie aufspalten, um diese beiden Rollen stärker voneinander zu trennen. Dankeschön.

Christophe Knoch: Vielen Dank.

Alexander Steinhart: Steinhart mein Name. Ich fand es sehr schön, was die Frau Fassbinder auch gesagt hatte. Also ich arbeite ja auch selber im Sportbereich mit Kinder/Jugendlichen, jungen Erwachsenen, und die Mitverantwortung das finde ich schon spannend und für mich hat das aber – oder sagen wir mal so: das Gelingen der Mitverantwortung ist aus meiner Sicht nur möglich, wenn wirklich auch gerade junge Erwachsene, junge Menschen, wahrgenommen werden, ernst genommen werden. Und das hat ja auch praktisch mit dem Respekt zwischen Jung und Alt zu tun, was wir hier auch drauf haben auf den 5 Thesen und ich habe eben den Eindruck, dass teilweise zwar vieles angehört wird, eine Kommunikation zwar schon stattfindet – was hier zwar bemängelt wurde, aber ich glaube, Kommunikation ist schon da – aber es ist so das Gefühl da ist, dass es nicht ernst genommen wird. Dass das nicht mit einfließt in, praktisch, diese ganzen Gedanken – oder diese Umsetzungen dann – dass zwar erstmal dann so alibimäßig irgendwelche Kommunikation stattfindet, dass irgendwas aufgenommen wird, aber die Menschen haben nicht den Eindruck, es wird wirklich umgesetzt, was ich jetzt anbringe. Und das ist, glaube ich, Grundvoraussetzung dafür, dass wirklich auch Menschen eine Mitverantwortung tragen wollen und dann dafür verantwortlich sind. Dass ich wirklich auch das Gefühl habe, es wird umgesetzt was ich jetzt auch einbringe.

Volker Hassemer: Vielen Dank. Ich möchte jetzt nochmal alle fragen, wer noch Lust an Kommentaren hat. Herr Kaschuba hat schon gezuckt, und dann, denke ich, sind wir auch sehr dicht so weit gekommen, dass wir vielleicht irgendwie noch ein kühles Wasser mindestens kriegen - man weiß ja nicht was der Landes.....

(Unverständliche Gespräche und Gelächter)

Volker Hassemer: Vielen Dank, vielen Dank Klaus. So, ich habe jetzt Herrn Kaschuba: ich bitte Sie...

(**Urs Kohlbrenner:** Umso schneller müssen wir aufhören!)

(**Volker Hassemer:** Ja! Diese Gier von den Schweizern, das ist unglaublich!)

Wolfgang Kaschuba: Ich wollte nur zu dem letzten Punkt, den Sie gerade auch nochmal angesprochen haben, Verwaltung, Politik, auch Bürgergesellschaft - natürlich sortieren wir jetzt sehr grob, das ist völlig klar - aber vielleicht nur nochmal nachfragen, ob wir nicht in der Tat auch auf dieser Ebene, nämlich des Verhältnisses zwischen verschiedenen Bereichen, eben vielleicht eine andere Situation haben als früher in der Vergangenheit. Wir haben doch, könnte man sagen, auch bestimmte Formen - ich will nicht sagen der Kapitulation von Politik und Verwaltung und ich meine damit auch gar nicht den Dreck, vor dem kapituliert wird - sondern es gibt Situationen in denen plebiszitäre Elemente - Stichwort Tempelhofer Feld - dann ausgehalten worden sind. Im Nachhinein ist das Ergebnis wahrscheinlich nicht ideal, und man wird eben auch sagen auch Zivilgesellschaft hat nicht die Weisheit mit den Löffeln gefressen, sondern funktioniert eben oft entweder nach dem Ego-Prinzip „ich will das“, die Verbandsvertretung, oder nach dem Nimby-Prinzip, „Not in my backyard“ , also „bei mir bitte nicht“. Und diese beiden Elemente sind natürlich auch in der Verwaltung da - die Verwaltung darf gar nicht parteiisch sein, aber die Verwaltung darf ressorthaft denken. Und wenn ich die Berliner Verwaltung ressorthaft denken höre, dann heißt es in der Regel: Haben wir nicht, wollen wir nicht, geht nicht. Und wir haben aber Entwicklungen in den letzten Jahren, wo in der Tat Stadtgesellschaft und Einzelne ein hohes Maß an Verantwortlichkeit entwickelt haben - ich sag nochmal Tempelhof, ob gut oder schlecht - aber das wird auf Dauer gestellt. Und was wir natürlich in den letzten drei Jahren haben, hundertausendfach: Leute übernehmen Verantwortung für Geflüchtete, denken, das dauert zwei Monate, und jetzt sind sie im dritten Jahr. Und das ist eben eine interessante Analogie; das Bäumchen kann ich vertrocknen lassen, aber wenn ich mich mit Menschen beschäftige, deren Interessen ich vertrete, dann entsteht in der Tat doch - also ich sehe das auch in der eigenen Familie: meine Frau hat auch vor drei Jahren begonnen und dachte, es dauert drei Monate - dann entstehen in der Tat doch Zuständigkeiten und da entsteht auch sehr viel von dem Wissen der Bürgerinnen und Bürger, über das wir geredet haben: das sind Enttäuschungen, das sind die Ablehnungen, das sind die vergeblichen Gänge, das sind die Erfahrungen, dass die Geflüchteten sagen „ja du kennst dich doch offenbar in der eigenen Stadt nicht aus, jetzt sind wir zum fünften Mal bei dem Termin und ich kann mir den 6. Termin holen“. Also ich glaube, dieses sozusagen, dieses Spiel der Situationen, die eingetreten sind in den letzten Jahren - und das ist eben nicht das Berlin der 1990er Jahre, wir sind in den 2010er Jahren - ich glaube, das ist ganz wichtig nochmal zu sehen: da steckt im

Positiven, wie im Negativen, Dynamik drin, und es wird darauf ankommen, ob es uns gelingt, die zu bündeln, oberhalb des Ressortdenkens, und eben auch oberhalb dieser „Selfies“, die wir natürlich auch produzieren.

Volker Hassemer: Vielen Dank, Herr Kaschuba. Wir werden heute das Thema „Verwaltung“ nicht weiterführen, denn wir werden am Montag schon diesen Punkt 4, diesmal bei Bischof Dröge, bei der Evangelischen Kirche, diskutieren. Das sage ich nur mal als eine Ankündigung: 16.04. Wo das und wie das genau ist, können Sie von uns erfahren. Ich will zwei Dinge am Schluss nochmal sagen: das eine mit Dank nochmal an Klaus Böger, an euch und alle anderen. Es ist ja für uns – ihr solltet das wissen, dass uns das schon aufgefallen ist – dass diese 7 Organisationen sind ja irgendwo lobbygetriebene Organisationen. Also die sind eigentlich Organisationen, die in der Tradition das Prinzip haben müssen, „wir müssen möglichst stark sein und hoffentlich schlafen die anderen“. Zu Kooperationen, das ist eigentlich ungewöhnlich. Und die Tatsache, dass – jetzt bin ich auch so brutal wie der Kaschuba mit der Verwaltung – dieses Kopfneigen des weisen Tilmann Heuser erlaubt mir den nächsten Satz: ich bin, in meiner jetzt schon so langen Beobachtung durchaus der Meinung, die Stimmung Gemeinwohl auch von solchen Organisation her in den Blick zu nehmen, ist heute sehr viel besser als vor 20-30 Jahren. Wir kommen auch mit dieser Idee, mit diesem Versuch, meine ich, deswegen zur richtigen Zeit, weil der Boden dafür nicht nur mit der Unzufriedenheit, mit dem was in Berlin so generell passiert, sondern der Boden dafür ist heute ein sehr viel günstiger. Man muss dann allerdings die Chance auch beim Schopfe ergreifen. Wenn man die Schlussfolgerungen und die Chancen nicht wahrnimmt, dann wird sie nicht zu guten Ergebnissen führen. Und ich will gerne Ihnen, die Sie aus Moabit das geschildert haben nochmal – das hatte Urs Kohlbrenner vorhin in seinen Folien, die sieht so unauffällig aus – aber man muss ganz sorgfältig sein bei der Frage: Erstens, zu welchem Thema spreche ich mit den Bürgern, was ist die Thematik? Und man muss dann die dazugehörigen Entscheider haben und zwingen können, dass sie bei dieser Thematik beteiligt sind. Und das wird dazu führen, dass die Bürger, im Hinblick auf die Bedeutung der Thematik und das Gewicht der Mitwirkenden politischen und Verwaltungsseite, die in der Tat zu unterscheiden ist, dass die Bürger im Hinblick darauf ganz andere sein werden als die, die sich im Augenblick in der Kiezproblematik normalerweise zu Wort melden. Wir brauchen – Kaschuba nennt das Stadtethos – wir brauchen wirklich eine neue Kultur dieses Kontakts miteinander und das wird dann auch dazu führen, dass Leute es – jeder von ihnen, muss sich doch fragen „würde ich sowas machen“ – sie würden das nur machen, wenn sie ausreichend ernst genommen werden und wenn sie zum richtigen Thema gefragt werden. Ich bedanke mich. Herr Knoch, machen Sie das doch. Er ist ja einer der schlimmsten Lobbyisten der letzten 7 Jahre, weil er nämlich der Sprecher der freien Szene war in der Kultur, und wer Kultur kennt und wer die freie Szene kennt: das sind keine tief gerüsteten Lobbyvertreter. Eines, er war wirklich sehr erfolgreich und das andere, er war trotzdem sehr unzufrieden, wenn ich das richtig lese, vielleicht sagen Sie noch was Persönliches.

Christophe Knoch: Ich wollte einfach nur zum Abschluss nochmal deutlich darauf hinweisen, dass die nächste Veranstaltung am Montag schon ist, und zwar wieder von 17 bis 20 Uhr. Das wird in der Goethestraße sein und die letzte dieser Veranstaltungen, das sind insgesamt ja 4, die geht zum Thema der sozialen Verantwortung in Berlin. Die wird am 02. Mai sein, wieder 17 bis 20 Uhr, und das wird im Konferenzzentrum Ludwig-Erhard-Haus sein. Vielen Dank für ihre Anwesenheit, vielen Dank für ihre Beteiligung und hoffentlich wird daraus ein Prozess, der wirklich für die Zukunft von Berlin eine Wertigkeit haben wird. Dankeschön.

(Applaus)